Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 45 (1998)
Heft: 10

Artikel: Die PfP und das Bundesamt für Zivilschutz
Autor: Balmer, Jürg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-369067

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Partnerschaft für den Frieden (PfP) 1998–2000

Neues Programm für Beteiligung der Schweiz

pd. Laut Mitteilung der Informationsdienste der Bundesverwaltung vom 1. Juli 1998 hat der Bundesrat das zweite individuelle Partnerschaftsprogramm (IPP) der Schweiz zustimmend verabschiedet. Das Programm hält die Merkmale der für die Jahre 1998–2000 vorgesehenen schweizerischen Beteiligung an der Partnerschaft für den Frieden (PfP) fest. Es wurde der Nato durch Botschafter Pierre-Yves Simonin, Leiter der Schweizer Mission bei dieser Organisation, unterbreitet.

Die Schweiz beteiligt sich seit dem 11. Dezember 1996 an der PfP. Das erste individuelle Partnerschaftsprogramm war dem Nordatlantikrat am 18. Juni 1997 vorgelegt worden. Die ersten Erfahrungen der Schweiz waren positiv, das «A-la-carte-Prinzip» der Partnerschaft hat sich bewährt, seine Verträglichkeit mit der Neutralität hat sich bestätigt.

Programm weiter ausgebaut

Das zweite individuelle Partnerschaftsprogramm der Schweiz verfolgt nach wie vor dieselben Zielsetzungen wie das vorangegangene, ist jedoch zahlenmässig ausgebaut worden. So haben sich die von der Schweiz angebotenen Aktivitäten von 18 im Jahr 1997 auf 27 im Jahr 1998 erhöht. Überdies wird sich die Schweiz an 142 von der Nato und den Partnerschaftsstaaten organisierten Aktivitäten (Kurse, Seminarien, Übungen) beteiligen. Die Kosten der schweizerischen Beteiligung belaufen sich für 1998 auf schätzungsweise 3,45 Millionen Franken. Das entspricht 0,8 Promille des Militärbudgets.

Beitrag zur Stärkung des Friedens

Das Hauptziel der Schweiz besteht in einem Beitrag zur Stärkung des Friedens, der Stabilität und der Demokratie in Europa durch die Förderung der Ausbildung in der Sicherheitspolitik und der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte, durch eine bessere Verankerung des internationalen humanitären Rechts und durch die Einbringung von Fachwissen auf dem Gebiet der Rüstungs- und Abrüstungskontrolle. Auch bietet die Schweiz ihre Erfahrung in der Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Organen im Bereich der Katastrophenhilfe an.

Armee und Katastrophenhilfe

Auch in ihrem zweiten individuellen Partnerschaftsprogramm hat sich die Schweiz zugunsten von Aktivitäten entschlossen, die es der Armee gestatten, sich besser auf eine eventuelle Beteiligung an internationalen Katastrophenhilfe- und Rettungsübungen – in Verbindung mit der Rettungskette – sowie an friedenserhaltenden Operationen vorzubereiten.
Gemäss Mitteilung der Informationsdienste der Bundesverwaltung wird der schweizerische Beitrag an die Partnerschaft für den Frieden von den PfP-Staaten anerkannt und geschätzt. Das Schweizer Programm beweise den Willen der Schweiz, bei den multilateralen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zur Stärkung der Sicherheit in Europa Hand zu bieten. ▲

Wo findet sich das BZS bei PfP?

Die PfP und das Bundesamt für Zivilschutz

Was verbindet das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) mit der Partnerschaft für den Frieden (englisch: Partnership for Peace, PfP)? Bevor wir diese Frage beantworten, bedarf es einiger Erläuterungen.

JÜRG BALMER

PfP ist die Einladung der Nato vom Januar 1994 an Nicht-Nato-Staaten, sich an einem der Friedenssicherung gewidmeten, offenen Programm zu beteiligen. Die Mitwirkung erfolgt «à la carte», das heisst, alle sich dazu verpflichtenden Staaten können grundsätzlich an allen Aktivitäten teilnehmen und auch eigene Angebote machen. Es bestehen keine bindenden Verpflichtungen. Das PfP-Programm ist kein Staatsvertrag. Adressaten waren und sind, zusätzlich zu den Nato-Mitgliedländern, insbesondere alle europäischen (vor allem die ehemals sowjetisch beeinflussten) Staaten. Als Ziele gelten unter anderem:

- die Förderung der Transparenz nationaler Verteidigungsplanungen;
- die Gewährleistung der demokratischen Kontrolle über die Streitkräfte;
- die grundsätzliche Fähigkeit und Bereitschaft, zu Einsätzen unter der Autorität der UNO und/oder der OSZE beizutragen;
- die Entwicklung kooperativer sicherheitspolitischer Beziehungen.

44 PfP-Teilnehmerstaaten

Gegenwärtig umfasst das PfP-Programm insgesamt 44 Staaten. Nebst den 16 Nato-Ländern sind dies 28 Länder, die nicht Mitglied der Nato sind: Albanien, Armenien, Aserbeidschan, Bulgarien, Estland, Finnland, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Lettland, Litauen, ehem. Jugoslawische Republik Mazedonien, Moldawien, Österreich, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Tadschikistan, Tschechien, Turkmenistan, Ukraine, Ungarn, Usbekistan, Weissrussland.

Wie kam die Schweiz zu PfP?

Erstaunlicherweise rasch – nämlich innerhalb eines Jahres. Im Januar 1996 erteilte der Chef EMD den betreffenden Studienauftrag, im Sommer 1996 fanden die parlamentarischen Konsultationen statt, im Oktober 1996 entschied sich der Bundesrat für die Teilnahme der Schweiz an der PfP, im Dezember 1996 wurden das Rahmendokument unterzeichnet und das Präsentationsdokument der Nato übergeben. Im Frühjahr 1997 folgte das erste sogenannte Individuelle Partnerschafts-Programm (IPP) der Schweiz. Darin waren 56 Aktivitäten aufgeführt, davon 18 Angebote

der Schweiz und 38 Teilnahmen der Schweiz an Aktivitäten anderer Partner. Im Sommer 1998 unterzeichneten Bundespräsident Cotti und Bundesrat Ogi das zweite schweizerische IPP. Es beinhaltet ungefähr 45 Angebote. Inhaltlich bleibt es in einem ähnlichen Rahmen wie das erste Schweizer IPP; der Umfang wurde allerdings ausgeweitet. Thematisch stehen nach wie vor folgende Bereiche im Vordergrund:

- Sicherheit und Stabilität in Europa;
- humanitäres Völkerrecht;
- demokratische Kontrolle von Streitkräften;
- Rüstungskontrolle und Abrüstung;
- internationale Ausbildung im sicherheitspolitischen Bereich;
- zivile und militärische Katastrophenhilfe.

Wer macht in der Schweiz bei PfP mit?

Zwei Departemente und zwei Bundesräte: das EDA mit Flavio Cotti und das VBS mit Adolf Ogi auf der Ministerebene. Daneben sind verschiedene Bundesstellen an Fachgremien beteiligt. Ein interdepartementales Büro koordiniert die Aktivitäten auf Departementsebene.

Wo finden wir das BZS bei PfP?

Unsere (zivile) Mitarbeit bei PfP steht nicht unter Leitung unseres (militärischen) Departements, sondern unter dem EDA, konkret unter der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) / Abteilung Humanitäre Hilfe und Schweizerisches Katastrophenhilfekorps (SKH). Hier werden die PfP-Aktivitäten aller zivilen Bundesstellen koordiniert.

Welches sind die konkreten Beiträge des BZS zu PfP?

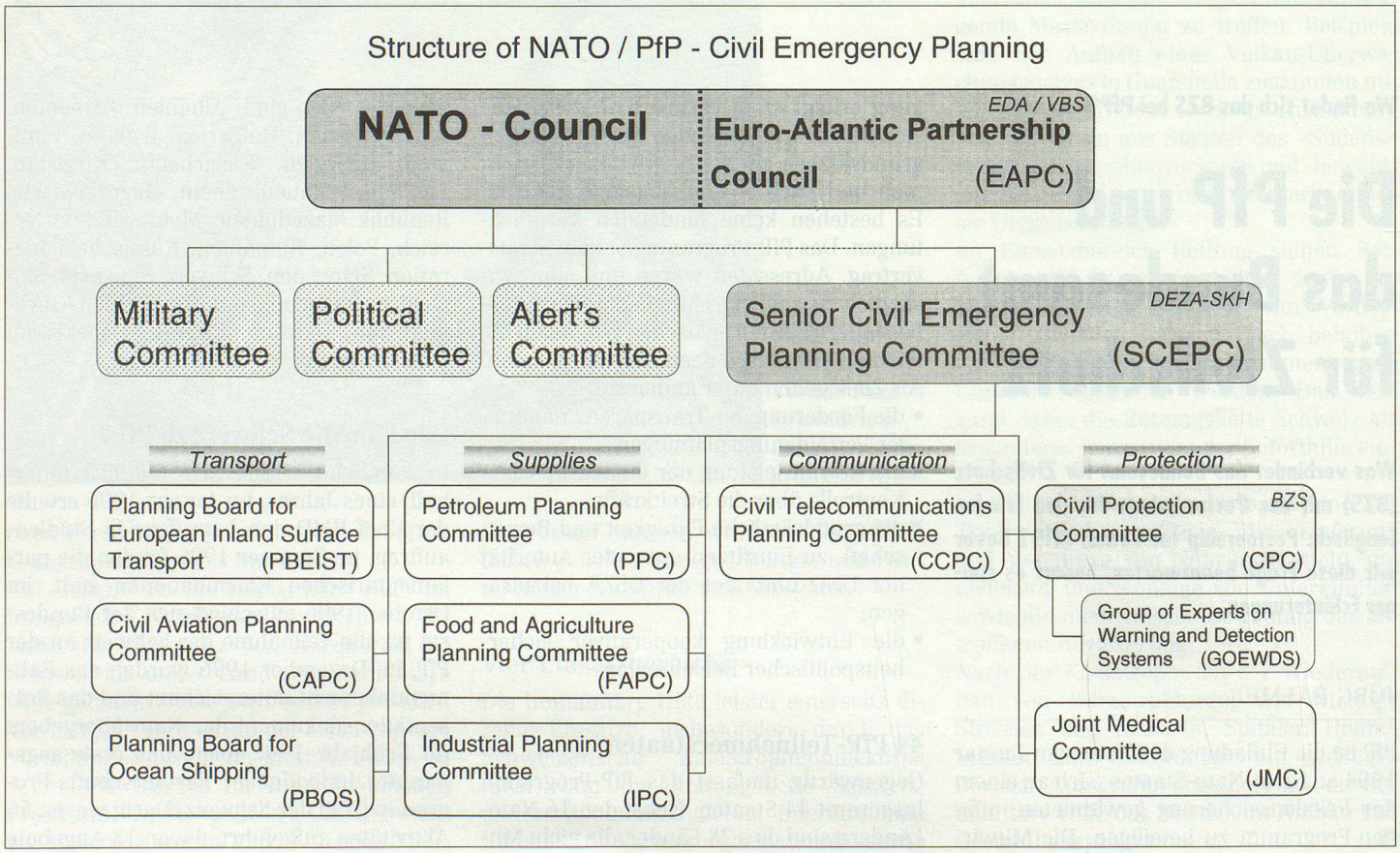
Als Beispiele seien erwähnt:

- Mitwirkung bei internationalen Tagungen, Seminarien, Übungen;
- Referate im Rahmen internationaler Kurse, zum Beispiel des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik über die demokratische Kontrolle von Streitkräften;
- Teilnahme an einem internationalen Seminar im April 1998 in Interlaken zum Thema «Erfahrungsaustausch bezüglich Führung und Koordination in Krisenlagen»;
- Teilnahme an einem internationalen Seminar im Juni 1998 in Stockholm zum Thema «Rechtsgrundlagen für Planung und Organisation im Bereich der Notfallvorsorge»;
- Teilnahme an einem internationalen Seminar im Oktober 1998 in Budapest zum Thema «Information der Bevölkerung in ausserordentlichen Lagen»;
- Angebot eines einwöchigen Kurses in englischer Sprache zur Einführung in das schweizerische System des Bevölkerungsschutzes im Oktober 1999 in Schwarzenburg.

Eine erste Bilanz

Was lässt sich nach einem Jahr Mitarbeit im PfP-Bereich aussagen?

- Es ist richtig, dass sich das BZS auf dieser internationaler Bühne engagiert.
- Wir können einiges (an-)bieten, verfügen aber bei weitem nicht in allen Bereichen über die «Musterlösung» (in skandinavischen Ländern ist die «zivile Sicherheit» beispielsweise besser integriert).
- Wir müssen alles daransetzen, den zivilen Beitrag der Schweiz zu stärken; dies liegt zudem im internationalen Trend.
- Unser Bemühen muss stets in Richtung *von mehr Qualität statt Quantität* gehen (Straffung aller Angebote, der Seminarien, der Sitzungen usw.).

Ein kurzer Ausblick

Das Engagement im PfP-Programm wird sich für die Konzipierung des künftigen Bevölkerungsschutzes 200X fruchtbar auswirken. In andern Ländern gibt es zum Teil ähnliche Bestrebungen. Ein Austausch von Ideen und «Know-how» ist wertvoll und wird mithelfen, die Sicherheitspolitik der Schweiz weiterzuentwickeln. ▲